
Albert Finck (1895 – 1956)

Redakteur, Rheinland-Pfalz

Theo Schwarzmüller



Albert Finck, der demokratische Patriot aus dem Pfälzer Grenzland, kam am 15. März 1895 als jüngster Sohn einer kinderreichen Familie in dem Dorf Herxheim zur Welt. Hineingeboren in ein katholisches Sozialmilieu, sollte er wie sein älterer Bruder Johannes eigentlich Pfarrer werden. Albert wohnte seit 1907 im Bischöflichen Konvikt in Speyer und besuchte das Humanistische

Gymnasium am Dom. Kaum hatte der Abiturjahrgang 1914 die Prüfungen abgelegt, da fielen am 28. Juni die Schüsse von Sarajewo. Der Erste Weltkrieg wirbelte die Lebensentwürfe der Generation Fincks heftig durcheinander. Er begann im Herbst 1914 an der Ludwig-Maximilian-Universität in der Landeshauptstadt München das Studium der Philosophie, rückte aber nach dem Wintersemester mit 20 Jahren als Rekrut ein. Ende 1918 kehrte er als Reserveoffizier zurück, um das Studium mit der Promotion über die Lehre vom Naturrecht abzuschließen. Zusammen mit seinem Bruder, dem Kaplan Johannes Finck, übernahm er 1921 in Ludwigshafen am Rhein die Redaktion der neu gegründeten „Pfälzischen Landeszeitung“. Das Zentrumsblatt spielte im Kampf gegen den Separatismus und die An-

nexionspläne der französischen Besatzungsmacht eine wichtige Rolle. Der Redakteur warb zugleich schon damals dafür, den engstirnigen Nationalismus zu überwinden und die Weichen Richtung Europa zu stellen: „Vor allem muß die Ursache allen Übels, der Krieg, ein für allemal beseitigt werden“, forderte er 1930 vorerst vergeblich. „Eine umfassende und ehrliche deutsch-französische Verständigung ist für beide Nationen eine politische Lebensnotwendigkeit. Warum sollen sich Deutschland und Frankreich nicht versöhnen?“ Das Schicksal der rheinischen Lande vor Augen, erklärte er entgegen dem revanchistischen Zeitgeist: „Wir Pfälzer haben gar keine Veranlassung, ewige Erbfeindschaft mit Frankreich zu predigen.“

Albert Finck war ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten, die ihn mit Acht und Bann belegten. Mehrere Wochen musste er nach der Machtübernahme Hitlers 1933 als politischer Häftling im Gefängnis zubringen, nur knapp entging er der Deportation in das Konzentrationslager Dachau. Seine Familie, mit der er seit 1935 in Hambach bei Neustadt lebte, ernährte er während der NS-Diktatur als Versicherungsvertreter und Aushilfslehrer am Gymnasium in Neustadt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg avancierte er zum beamteten Studienrat.

1945 gehörte Albert Finck zu den Mitbegründern der CDU in der Pfalz. Gemeinsam mit seinem Bruder, Dekan Johannes Finck, setzte er sich maßgeblich für den politischen Zusammenschluss evangelischer und katholischer Christen und gegen eine Rückkehr zur Zentrumsparterie ein. Der Christdemokrat schöpfte seine Kraft zeitlebens aus den Quellen des Glaubens, den er mit einer fröhlichen Liberalität zu leben wusste, wie eine Anekdote berichtet: Auf dem Weg zum Gottesdienst kam er manchmal nur bis zur Weinstube am Hambacher Schlossberg, pflegte dann freilich zu sagen: „Im Umkreis von 300 Metern gilt die Messe noch.“

Vom rheinland-pfälzischen Landtag nominiert, zog der 54-jährige am 1. September 1948 in den Parlamentarischen Rat ein. Neben dem Sozialdemokraten Friedrich Wilhelm Wagner aus Ludwigshafen war er der einzige Vertreter aus dem südlichen Teil des neuen Landes, der vormals bayerischen Pfalz. Allerdings entsandte der Freistaat Bayern, der noch auf den Wiederanschluss seiner linksrheinischen Exklave spekulierte, zwei gebürtige Pfälzer: Wilhelm Laforet und Anton Pfeiffer von der CSU. Pfeiffer, der den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee im Sommer 1948 geleitet hatte, wurde zum Vorsitzenden der Bonner Unionsfraktion gewählt. Er war wie Albert Finck ein Absolvent des Speyerer Gymnasiums und hatte vor 1933 mit dessen Bruder Johannes der BVP-Fraktion im Münchener Landtag angehört.

Albert Finck zählte zu den wenigen Abgeordneten im Parlamentarischen Rat, die vorher kein Mandat oder Ministeramt besessen hatten. Die „Neue Zeitung“ stellte alle Mitglieder jeweils mit Bild auf einer Sonderseite und einem programmatischen Motto vor. Bezeichnenderweise legte Finck ein Bekenntnis zur nationalen Einheit ab: „Wenn es nach mir geht, fassen wir vom Praktischen her energisch unsere Arbeit an, um möglichst rasch ein westdeutsches Staatsgebilde zu schaffen, das ein Vorläufer sein soll für das geeinte Deutschland.“ Für Finck war der abschließende Satz, den die Mütter und Väter des Grundgesetzes in die Präambel schrieben, keinesfalls bloß Lippenbekenntnis, sondern zentraler Auftrag: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Zur Arbeit des Parlamentarischen Rates leistete Finck, der zum eigenen Bedauern kein Verfassungsjurist war, trotzdem seine Beiträge. Die Fraktion schätzte die flinke Feder des ehemaligen Chefredakteurs. Mehrfach arbeitete

er Presseerklärungen aus. So formulierte er am 4. Januar 1949 mit drei Kollegen die empörte Antwort der Union auf Angriffe der SPD gegen den Präsidenten: „Sie haben sogar die nationale Gesinnung Dr. Adenauers anzuzweifeln gewagt.“ Im Streit um die Frauenrechte wies er Vorwürfe von SPD-Organen zurück. Finck veröffentlichte unter der Überschrift „Um die Gleichberechtigung der Frau“ eine Erklärung für die C-Parteien. „Was aber die Würde der Frau anlangt, so stellt niemand mit größerem Eifer sich schützend vor diese, als derjenige, der eine christliche Grundlegung unserer Politik erstrebt; denn in der christlichen Religion ist die Würde der Frau in einzigartiger Weise verpflichtend sanktioniert“, hieß es.

In der Hauptstadt-Frage votierte Finck für Bonn und gegen Frankfurt am Main. Von Adenauer hörte er, dass in Krisenzeiten die Straße mitregiere; da seien ihm die „schwarzen“ Straßen von Bonn lieber als diejenigen des „roten“ Frankfurt. Finck plädierte für dieselbe Lösung: „Bonn wird immer Provisorium bleiben und unsere eigentliche Hauptstadt Berlin nicht aus dem Auge verschwinden lassen, während Frankfurt was Endgültiges werden könnte, so daß dieser Anspruch Gefahr läuft, in Vergessenheit zu geraten,“ sagte er seinen Gymnasiasten in Neustadt. Mit ihnen probte der Studienrat Abstimmungen oder ließ sie die Verfassung des athenischen Staatsmanns Solon vergleichen mit Entwürfen für das Grundgesetz. Aus erster Hand informierte Finck die Öffentlichkeit über die Arbeit des Parlamentarischen Rates in einer Artikelserie der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ in Ludwigshafen.

Im Plenum oder auch in Rundfunkdiskussionen kreuzte Albert Finck, ein geistreicher Redner, die Klingen vor allem mit den Wortführern des Liberalismus. Es ging um das Elternrecht, für das er als Sprecher seiner Fraktion fechten musste. „Vor Ihnen habe ich Angst, Herr Dehler!“, meinte er einmal ironisch, an den späteren FDP-Chef Tho-

mas Dehler gerichtet. Das Vorrecht der Eltern auf die Erziehung, genauer auf eine konfessionelle Erziehung ihrer Kinder in der Schule, bildete einen Konfliktpunkt zwischen Union und FDP. Nachdem sein kompromissloser Fraktionskollege Adolf Süsterhenn durch einen Autounfall aus dem Rat ausgeschieden war, soll sich Finck mit Theodor Heuss bei einem guten Wein verständigt haben. Jedenfalls tauschte der Vorsitzende der Freien Demokraten immer wieder gerne Erinnerungen mit Finck aus, denn der Schwabe hatte eine Mutter und Verwandte aus der Pfalz. Zum Gaudium der Kollegen rückte Heuss ihnen lyrisch zu Leibe. Er dichtete ein „ABC des Parlamentarischen Rates“. Auf D wie Dehler folgte vor F wie Finck sinnigerweise ein Sprüchlein zu E wie Elternrecht. Heuss warnte darin den streitbaren Thomas Dehler:

„Das Elternrecht, Vermessener, rühr es doch nicht an,
ein ganzes Erzkapitel rückt heran,
und hinter ihm, elementar,
erregt, und schon erprobt, die alte Einsatzschar,
ergib dich, Elender, eh du verdammt,
dein kecker Kahn vom dunklen Schiff gerammt.“

Die Stärke des Christdemokraten Finck erkannte Theodor Heuss in der gelungenen Kombination von Religiosität und einer Leichtigkeit des Seins, ungeachtet der schweren Prüfungen im Laufe seines Lebens und einer daraus resultierenden inneren Ernsthaftigkeit, die Albert Finck nach außen mit viel Humor und Optimismus überstrahlte:

„Fidel und fromm – vielleicht das rheinische Glück!
Der frohe Finck besorgt die Pfälzer Beimusik.“

Albert Fincks große Stunde schlug erst nach der Unterschrift unter das Grundgesetz. Fünf Tage vor der ersten

Bundestagswahl am 14. August 1949 kam Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates und CDU-Vorsitzender der britischen Zone, auf Einladung Fincks zu einer Kundgebung in die Pfalz. Die Veranstaltung in der Landauer Festhalle wurde für die rund 3.000 Teilnehmer, darunter der 19 Jahre alte Helmut Kohl, ein politischer Ziehsohn der Finck-Brüder, zum unvergesslichen Erlebnis. Denn am Ende ergriff Albert Finck das Wort, verglich Konrad Adenauer als Architekten des neuen Deutschland mit Konrad II., dem Baumeister des Speyerer Domes, und forderte dann alle in dem überfüllten Saal auf, die dritte Strophe des Deutschlandliedes anzustimmen. „Wir singen unsere Nationalhymne“, erklärte Finck unter Beifallsstürmen. Während die französischen Besatzungsoffiziere die Halle unter Protest verließen, sangen die Menschen von „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Adenauer erkannte an den Reaktionen, dass Finck den richtigen Ton getroffen hatte.

Dieser Paukenschlag rührte nicht aus einer Eingebung des Augenblicks, sondern war generalstabsmäßig vorbereitet. Auf dem Programmzettel stand der Text der dritten Strophe zu lesen, damit niemand aus alter Gewohnheit „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ intonierte. Dieser Worte wegen war das „Lied der Deutschen“ von den alliierten Siegermächten verboten. Am selben Tag, dem 9. August 1949, veröffentlichte Finck seinen Hymnen-vorschlag in einem Leitartikel der „Rheinpfalz“. Er wies kritisch darauf hin, dass der Parlamentarische Rat zwar eine Flagge, aber kein Bundeslied beschlossen habe. Der CDU-Politiker erinnerte daran, dass der Sozialdemokrat Friedrich Ebert als Reichspräsident der Weimarer Republik 1922 das Deutschlandlied zum Nationalsymbol erhoben hatte.

Die Landauer Kundgebung habe „eine nachhaltige Wirkung“, schrieb Finck an Adenauer, der ihn kurz darauf mit führenden Parteifreunden in sein Haus nach Rhöndorf einlud. Bei dem berühmten Treffen stellte „der Alte“ am

21. August die Weichen für eine bürgerliche Regierung. Albert Finck diente ihm als Aufhänger, um die entscheidende Personalfrage zu behandeln: „Herr Finck hat in Landau eine ganz nichtsnutzige Rede in dem Sinne gehalten, dass ich Bundespräsident werde. Die wichtigste Persönlichkeit ist der Bundeskanzler. Präsident soll ein anderer werden, ich will Kanzler werden.“ Für das Amt des Staatsoberhaupts schlug der Gastgeber Heuss vor. Mit ihm gewann die zweite Republik einen Intellektuellen zum Repräsentanten, der überzeugend verkörperte, dass sich der neue Staat in die Tradition der humanistischen Kultur stellen wollte. Bei der offenen Hymnenfrage war Heuss – genau wie Finck – in seinem Element: Dichtung, Patriotismus, Stilbildung, politische Pädagogik fanden einen Kristallisationspunkt in der Nationalhymne. Heuss hatte sich schon vor Amtsantritt mit dem Thema beschäftigt. Anfang 1950 ließ er erkennen, dass er das Deutschlandlied ablehnte: „Wenn wir unserem Vaterlandsgefühl einen realistischen Charakter geben wollen, dann sollten wir jetzt nicht Maas, Memel, Etsch und Belt aufzählen.“ Der dritte Vers besitze zwar echte und sinnvolle Würde: „Ihn isoliert zu nehmen, wie manche vorschlagen, wird aber zu knapp.“

Fincks Vorstoß hatte unterdessen jedoch bundesweit Kreise gezogen. An den Initiator schrieben eine ganze Reihe von Bürgern zwischen München und Cuxhaven, nicht zuletzt um ihm ihren eigenen, teilweise unfreiwillig komischen Dichtungen ans Herz zu legen. Ein Maschinen-Ingenieur aus Kassel beispielsweise wollte das neue Lied so konstruieren: „Deutschland, Deutschland, du mein alles, du mein alles in der Welt ... ohne Maas und ohne Memel, ohne Etsch und ohne Belt ...“

Die Initiative Fincks brachte vor allem politisch einiges in Gang. Ende Oktober 1949 erhielt er beispielsweise einen Brief seines Parteifreundes Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Seit ihm die Sowjets Ende 1947

als CDU-Vorsitzenden in ihrer Zone abgesetzt hatten, weil er sich der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) nicht beugte, war er zwar ein „Kaiser ohne Land“, besaß aber einen nationalen Nimbus. Der einflussreiche Minister sagte Finck, den er aus der Arbeit im Parlamentarischen Rat kannte, seine Hilfe zu: „Gemeinsam mit Ihnen möchte ich weiter hinter der Sache der Nationalhymne her bleiben.“

Im Frühjahr 1950 wäre Konrad Adenauer beinahe verzweifelt, weil seine Außenpolitik keine Resonanz in Paris fand. Der Kanzler appellierte in dieser Situation behutsam und gleichwohl entschieden an das deutsche Nationalbewusstsein. In der alten Reichshauptstadt Berlin, bei seinem ersten Besuch als Regierungschef, holte er am 18. April zu einem Coup à la Finck aus. Am Ende seiner Rede im Titania-Palast forderte Adenauer die 1.800 Gäste auf, gemeinsam die Strophe „Einigkeit und Recht und Freiheit“ anzustimmen. Wie Finck wollte Adenauer den Patriotismus sinnvoll kanalisieren. Der Bundespräsident aber fühlte sich überfahren, SPD-Oppositionschef Kurt Schumacher kritisierte den „Handstreich“.

Fincks Idee traf indessen die Stimmungslage der Mehrheit. Bei Umfragen sprachen sich bis zu 92 Prozent für die dritte Strophe aus. Unter den riesigen Lettern „Einigkeit und Recht und Freiheit“ fand im Oktober 1950 auch der erste CDU-Bundesparteitag in Goslar statt. An Silvester 1950 setzte Heuss im Sangesstreit den Kontrapunkt. Nach seiner Ansprache im Rundfunk ließ der Bundespräsident eine neue Hymne abspielen, zu der Rudolf Alexander Schröder den Text und Hermann Reutter die Melodie geliefert hatten. Das Lied „Land des Glaubens, deutsches Land, Land der Väter und der Erben“ fand wenig Anklang. Spötter verulkten „Theos Nachtlied“, Schumacher sprach despektierlich vom „schwäbisch-pietistischen Nationalchoral“. Gottfried Benn notierte ironisch, die Neuschöpfung sei „et-

was marklos. Der nächste Schritt wäre dann ein Kaninchenfell als Reichsflagge.“

Albert Finck nahm weiterhin Einfluss auf die Debatte, zumal er 1951 Kultusminister von Rheinland-Pfalz wurde. Gleich nach Amtsbeginn empfahl er den Erziehern, das Deutschlandlied zu lehren, wie die „Frankfurter Allgemeine“ am 4. Juli verbreitete. Finck hielt es für „gut und notwendig, dass unsere Jugend in den Schulen mit den drei Strophen wieder bekannt gemacht wird“. Die Kollegen des Mainzers aus den anderen Bundesländern unterstützten seine Linie. Die Ständige Konferenz der Kultusminister lehnte den Wunsch des Bundespräsidenten, die Hymne von Schröder und Reutter im Unterricht lernen zu lassen, am 3. November 1951 ab.

Am 1. März 1952 gaben die Briten Helgoland zurück, wo Hoffmann von Fallersleben 1841 das Lied der Deutschen gedichtet hatte. Bundespräsident Heuss lenkte nun widerstrebend ein. Wichtig für ihn war, dass auch Kurt Schumacher sich nicht mehr durch die nationalsozialistische Hypothek an einer Zustimmung hindern lassen wollte: „Im Gegenteil, wir würden das Lied, indem wir es wieder zur Hymne machten, rehabilitieren.“ Ganz im Sinne Fincks richtete Adenauer in einem Schreiben vom 29. April 1952 an Heuss förmlich die Bitte, die Haydn-Hoffmannsche Komposition als Nationalhymne anzuerkennen und bei staatlichen Veranstaltungen die dritte Strophe erklingen zu lassen. Mit seiner Antwort an den Kanzler gab das Staatsoberhaupt sein Einverständnis – 33 Monate waren vergangen, seit Finck seine Initiative gestartet hatte. Heuss meinte grummelnd, er habe „den Traditionalismus und sein Beharrungsbedürfnis“ unterschätzt.

Zufrieden, aber nicht triumphierend, kommentierte der Mainzer Minister in einer Rundfunkrede am 17. Mai die historische Entscheidung. Die dritte Strophe enthalte „unsere derzeitige deutsche und europäische Aufgabe“. Auf

seine eigene Rolle ging Finck erst am Ende ein: „Ich für meinen Teil empfinde Genugtuung darüber, daß ich in diesem Sinne seit Jahren mitwirken konnte. Das Land Rheinland-Pfalz aber kann stolz darauf sein, daß von ihm aus die dritte Strophe des Deutschlandliedes, nachdem sie in den Städten und Dörfern unseres Landes zum ersten Male nach dem Kriege wieder erklungen ist, ihren Siegeszug in alle Länder der Bundesrepublik Deutschland angetreten hat.“

Fincks Verhältnis zu Heuss hatte unter dem Hymnenstreit keineswegs gelitten, wie ein vertraulicher Brief vom 10. Januar 1952 zeigt. Darin wandte sich der Bundespräsident „in freundlicher Erinnerung an die gemeinsame Arbeit vor drei Jahren“ – gemeint ist der Parlamentarische Rat – mit der Idee an den Kultusminister, ob nicht „die beiden christlichen Kirchen gemeinsam etwas für den Aufbau einer Synagoge leisten könnten“. Heuss, der an die jüdische Synagoge in Worms dachte, betonte die „tiefere religionspolitische und aktuell politische Möglichkeit dieses Vorschlags“.

Der Kultusminister starb am 3. August 1956 im 62. Lebensjahr während eines Kuraufenthalts in Bad Wörishofen. Die „Frankfurter Allgemeine“ würdigte ihn als „kluge, geschickte und vor allem lebenswürdige Persönlichkeit ... Vor allem war er ein Parteitaktiker, dem eine gewisse natürliche Schlauheit gegeben war“, meinte FAZ-Herausgeber Erich Dombrowski in seinem Nachruf. Bleibt festzustellen, dass heute weder in Bonn noch in Berlin, nicht einmal in Mainz oder Neustadt, eine Straße nach Albert Finck, dem Wegbereiter der Nationalhymne, benannt ist.

Lit.: Theo SCHWARZMÜLLER: Albert Finck und die Nationalhymne. Eine Lebensreise vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Annweiler am Trifels 2002.

Nachlass: Privatbesitz